

„Vae victis“

Dr. Dr.h.c. Klaus-Heinrich Standke, Cabourg*)

Wir Deutschen sollten Wladyslaw Bartoszewski dankbar sein für sein leidenschaftliches Plädoyer „Wider das selektive Erinnern“ (FAZ 6.8.2003). Die ebenso emotionale Replik von Peter Glotz „Wider den Nationalismus“ (FAZ 11.8.2003) lässt gleichermaßen die Notwendigkeit einer offenen und redlichen Auseinandersetzung mit dieser jahrzehntelang tabuisierten Schicksalsfrage zwischen den beteiligten Nachbarvölkern deutlich werden.

Beide Autoren wollen nicht das durch ihre Völker gegenseitig zugefügte Leid miteinander aufrechnen – und beide tun in ihrer Argumentation wohl unbewusst genau das. Warum eigentlich sollte in Polen nicht ebenfalls ein Zentrum gegründet werden, in dem, wie Bartoszewski anregt, die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte seit der ersten Teilung Polens im Jahr 1772, dargestellt würde? Nicht als ‚Drohung‘, wie Glotz meint, sondern als Ausgangspunkt für eine faire Diskussion, die bisher nicht erfolgt zu sein scheint. Man würde dann z.B. auch zur Sprache bringen, dass die Teilung Polens nach einem grauenhaften vierjährigen Bürgerkrieg auf Anstoß Österreichs erfolgte, das sich einiger Gebiete Galiziens bemächtigte, auf die es Anspruch zu haben behauptete. Darauf entschlossen sich auch Russland und Preußen zur Teilung zu schreiten. Nach dem Abkommen der drei Teilungsmächte vom 5.8.1772 erhielt Preußen das sog. Westpreußen. Unterschiedliche Interpretationen aus Sicht der betroffenen Nationen gilt es darzustellen und zu verstehen.

Wer kennt sich - außerhalb der kleinen Zunft der Historiker - mit den wechselnden Grenzziehungen aus, die durch Erbfolge, Heiraten oder durch bewaffnete Konflikte das heutige Bild Europas ausmachen? Diesen Entwicklungsprozess Europas einmal im Zusammenhang mit der bevorstehenden Osterweiterung der EU bewusst im Interesse der mit geschichtlichen Zusammenhängen wenig vertrauten jungen Generation beider Länder wissenschaftlich einmal aufzuarbeiten und darzustellen, könnte eine der verdienstvollsten Aufgaben von neuen nationalen und europaweiten ‚Zentren gegen Vertreibung‘ sein.

Grenzverschiebungen hat es aus den genannten Gründen in Europa zu allen Zeiten gegeben. Die Vertreibung oder wie Bartoszewski dies umschreibt, der ‚Transfer‘, von rund 13 Millionen Menschen aus ihrer Heimat ist indessen – mit der Ausnahme der Stalin’schen ‚Umsetzung‘ ganzer Bevölkerungsgruppen in andere Teile der Sowjetunion – in Europa ohne Beispiel. Es ist dies aber, und dies kann auch heute nicht oft genug wiederholt werden, einer der Preise für den von Deutschland – und nicht etwa von Polen – angezettelten verlorenen Weltkrieg. Hätte umgekehrt Deutschland den Krieg gewonnen, so wäre das dem polnischen Volk zgedachte Schicksal ein ungleich schrecklicheres gewesen.

Wer weiß von den heute lebenden Deutschen von dem Sonderbefehl Adolf Hitler’s vom 2.7.1940: „Was wir jetzt an Führerschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachrückt, ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen (sic!).“ Nicht genug, dass den Angehörigen der gebildeten Schichten Polens – Priester, Lehrer, Professoren, Journalisten, Unternehmer – einer planvollen Ausrottungskampagne zum Opfer fielen, die gesamte polnische Bevölkerung sollte, man kann es nicht anders nennen, systematisch deziviliert und versklavt werden. Der Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, hat hierzu in einer Denkschrift im Mai 1940 folgenden detaillierten Aktionsplan vorgestellt: *„Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, dass es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich. Außer dieser Schule darf es im Osten überhaupt keine Schule geben... Die Bevölkerung des Generalgouvernements setzt sich dann zwangsläufig nach einer konsequenten*

Durchführung dieser Maßnahmen im Laufe der nächsten Jahre aus einer verbleibenden minderwertigen Bevölkerung ... zusammen. Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten) stellen.“

Um diese Zusammenhänge wachzuhalten - einmal die hinter dem entfesselten Krieg stehenden deutschen Absichten dauerhaft zu dokumentieren, die durch die bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches vereitelt wurden, und zum anderen die durch die Siegermächte sanktionierten Vertreibungen zu dokumentieren, sollte das ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘, welches auch ein ‚Zentrum gegen das Vergessen‘ sein muss, seinen Sitz in Berlin haben. Peter Glotz hat die Gründe hierfür überzeugend genannt. Aber auch Wladyslaw Bartoszewski verdient Zustimmung, wenn er als Standort für ein Europäisches Zentrum Straßburg, eine Stadt auf dem Balkan, oder Görlitz-Zgorzelec vorschlägt. Die FAZ berichtete am 25.7.2003, dass sich der Stadtpräsident von Wroclaw gemeinsam mit zweien seiner Vorgänger dafür einsetzt, in Breslau, einer Stadt, die einst eine mehrheitlich deutsche Bevölkerung hatte und nun von Bürgern bewohnt wird, die ihrerseits durch das Regime Stalins aus anderen Regionen Europas vertrieben worden seien, ein ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ anzusiedeln. In Breslau besteht bereits seit kurzem ein vom DAAD unterstütztes ‚Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien‘.

Die europäische Geschichte ist immer noch nicht mehr als die Summe der Geschichte der europäischen Nationalstaaten. Daher bedarf es zu ihrer Zusammenführung gewiss mehr als eines einzigen Zentrums. Und: Das Thema der Vertreibung ist trotz der bei seiner Behandlung aufkommenden verständlichen Emotionen ein Gegenstand, der im europäischen Kontext eher akademisch-abstrakt bleibt (FAZ 16.7.2003: ‚Verfrühte Europäisierung‘) . Die unmittelbar von der Vertreibung betroffenen Völker sollten daher Standort eines oder mehrerer derartiger Zentren sein und gemeinsam ein europäisches Forschungsnetz bilden. **Mit derselben Berechtigung zur Schaffung eines Forschungs- und Dokumentationszentrums in Berlin sollte auch in Polen eine ähnliche Institution geschaffen werden, die sich wissenschaftlich mit dem Schicksal der aus dem früheren Ostpolen vertriebenen polnischen Staatsbürger befasst.**

Gerade weil, wie Bartowzeski einräumt, die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen so gut wie nie zuvor in der Geschichte sind, sollte die Wahl des Standortes Berlin für das geplante Zentrum nicht mehr die Albträume der Vergangenheit beschwören. Berlin als Sitz von Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung sowie nahezu aller Botschaften – einschließlich der polnischen Botschaft – sollte auch ganz bewusst Standort für das geplante Zentrum als Teil des größten Wissenschaftsstandortes in Deutschland sein und nicht in einem Ort der Peripherie angesiedelt werden. Berlin ist schließlich in einer engen Städtepartnerschaft mit Warschau verbunden. Die Regierungen in Berlin, Warschau und Paris haben ferner seit zwölf Jahren auf allen Politikfeldern auf Ebene der Staats- und Regierungschefs und der Fachminister im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ einen Konsultations- und Kooperationsmechanismus geschaffen, der Polen gegenüber allen anderen EU-Beitrittskandidaten eine privilegierte Position verschafft. All dies sollte die vorgebrachten polnischen Bedenken gegenüber dem Standort Berlin eigentlich ausräumen. Wichtiger scheint zu sein, dass die Notwendigkeit zur Schaffung eines Zentrums an sich nicht umstritten zu sein scheint.

Auch die Sorge gegenüber vermuteten massiven materiellen Wiedergutmachungsansprüchen von deutscher Seite sollte der Berechtigung entbehren. Wenn Bundesregierung und Bundesgerichtshof es für rechtens halten, dass

deutschen Staatsbürgern gehörendes Grundvermögen, welches von der sowjetischen Militärregierung beschlagnahmt wurde, den Eigentümern nach der Wiedervereinigung nicht restituiert wurde, warum sollte dann die polnische Regierung gegenüber den Ansprüchen der aus ihrem jetzigen Hoheitsgebiet vertriebenen Deutschen anders verfahren?

Der Beitritt Polens zur EU wird all denjenigen Deutschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, im Sinne der in den Römischen Verträgen verbrieften Niederlassungsfreiheit wie jedem anderen EU-Bürger das Recht geben, sich in Polen oder in einem anderen der mittelosteuropäischen Beitrittsstaaten wieder anzusiedeln – sofern sie überhaupt zurück streben in eine Heimat, die wie Peter Glotz schreibt, „*schon längst keine Heimat mehr ist*“. Umgekehrt gilt dieselbe Rechtslage auch für alle Polen, die es wünschen, in jedem EU-Land, d.h. selbstverständlich auch in Deutschland, Grund und Boden zu erwerben.

Niemand sollte einem Land verdenken, welches als Kriegsfolge ein Gebiet verloren hat, welches in seiner Fläche etwa der Größe Englands entspricht und aus dem rund 13 Millionen seiner Einwohner vertrieben wurden, dass es nach fast sechs Jahrzehnten erstmals ein eigenes wissenschaftliches „Zentrum gegen Vertreibung“ einrichtet zur Aufarbeitung von Ursache und Folge der traumatischen Geschehnisse und zur bleibenden Mahnung an künftige Generationen. Es ist zutiefst betrüblich, dass dies von allen Seiten unverändert traumatisch wirkende Thema zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen geworden ist: Auf der einen Seite Bundestagspräsident, Bundeskanzler (SPD) und Bundesaußenminister (Grüne) – auf der anderen die Vorsitzenden von CDU und von CSU. Nachdem auszuschließen ist, dass von deutschem Boden aus jemals wieder ein Krieg ausgeht, sollte es auch möglich sein, dass auf deutschem Boden – und nicht im Ausland - endlich ein Zentrum zur Erforschung der Zusammenhänge des folgenreichsten und leidvollsten Kapitels der deutschen Geschichte errichtet wird. **Anderen Ländern bleibt es unbenommen, ähnliche Einrichtungen zur Behandlung dieser Frage aus ihrer Sicht einzurichten. Alle Zentren dieser Art – sofern sie überhaupt im Lichte der derzeitigen leidenschaftlichen Auseinandersetzung zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt entstehen können, sollten ein möglichst gemeinsames europäisch besetztes wissenschaftliches Beratungsgremium berufen.**

(* Dr. Dr.h.c. Klaus-Heinrich Standke, ehem. Direktor bei den Vereinten Nationen, 58, Avenue de la Mer, Le Hôme-Varaville, F-14390 Cabourg, Tel. 00 33 – 231.91.64.04

Dieser Beitrag wurde von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 30.8.2003 unter der Überschrift « Wer kennt noch die Geschichte Europas ? » abgedruckt. Die hier fett wiedergegebenen Passagen wurden von der FAZ gestrichen.